

Deutsch-französisches Graduierten-Colloquium 2010 / Colloque de recherche franco-allemand 2010

Politische Kommunikation:

Von der klassischen Rhetorik zur Mediendemokratie

La communication politique:

De la rhétorique classique à la démocratie des médias

Stuttgart, 21.-23. Oktober 2010

Vom 21. bis 23. Oktober 2010 widmete sich das Deutsch-französische Graduierten-Colloquium dem Thema „Politische Kommunikation“. Zielsetzung war es, aus der Perspektive verschiedener Disziplinen den Wandel politischer Kommunikation zu reflektieren: Steht die politische Kommunikation der Gegenwart mit ihren Metaphern, ihren Inszenierungstechniken und Werbestrategien in der Tradition der klassischen Rhetorik oder sind wir tatsächlich Zeugen eines Wandels, der Politiker durch die Eigenlogik der Medien zu gänzlich neuen Handlungsformen zwingt? Um diese Fragen anhand ihrer Forschungsprojekte zu diskutieren waren Studierende verschiedener Fachrichtungen geladen. *Daniel Schönflug* (Berlin) und *Silke Walther* (Karlsruhe) moderierten die Diskussionen und gaben den Doktoranden hilfreiche Hinweise. *Mirjam Dageförde* (Stuttgart) nahm als Gasthörerin teil.

In seinem Auftaktvortrag stellte Prof. Dr. *Gerhard Vowe* (Düsseldorf) den aktuellen Stand der kommunikationswissenschaftlichen Forschungen, ihre Methoden und gegenwärtigen Debatten dar. Diese Kartographierung des Terrains diente im Laufe des Kolloquiums als Referenzpunkt. Als Zwischenergebnis der anschließenden Diskussion konnte festgehalten werden, dass beinahe jede Form von Kommunikation als politisch wahrgenommen werden kann: Beinahe alles kann politisiert werden.



Konzentrierte Arbeitsatmosphäre im IZKT.

Am nächsten Morgen begann die Arbeit zunächst mit Beiträgen aus der Philosophie und Medienwissenschaft, also mit einer theoretischen Reflexion über das Verhältnis von Medium und Inhalt. *Marion Schumm* (Paris) machte mit Verweis auf Hans Blumenberg die Rhetorik als prinzipiell angemessenes Medium politischer Auseinandersetzung stark. Rhetorik ist aus dieser Perspektive entgegen einer langen Tradition der Rhetorik-Verachtung als zivilisierende Formgebung in Konfliktfällen zu betrachten. Sie ist keine bloße Kunst der Täuschung, weil sie Stilmittel und Strategien zugleich offenlegt und zugleich Prozesse kollektiver Entscheidungen entschleunigt.

Samuel Sieber (Basel) vertrat in seinem Beitrag die These, dass die Massenmedien der Gegenwart nur angemessen verstanden werden können, wenn man sie als „mediale Dispositive“ interpretiert, mithin als imperativische Strukturen, die den Akteuren ihre Eigenlogik aufzwingen und die politische Kommunikation in die Bahnen des Erwarteten zwingen. Ereignisse wie beispielsweise der Durchbruch des Gotthard-Tunnels werden durch die Inszenierungen zu Katalysatoren kollektiver Identität und entwickeln als Inszenierung eine Eigendynamik, der sich die Akteure kaum noch entziehen können.

In *Nadir Webers* (Bern) Beitrag über die Briefe des 18. Jahrhunderts als Medium politischer Kommunikation konnte der Begriff des Dispositivs ebenfalls zur Anwendung kommen: Das ausdifferenzierte Regelwerk, in dem Anredeformeln, Abschlussfloskeln, aber auch graphische Gestaltung, Papierqualität und Siegelfarbe mit spezifischen Semantiken aufgeladen sind, erwies sich in seiner Darstellung als ausdifferenziertes Vokabular, das nur mit Sorgfalt und großer Präzision erfolgreich einzusetzen war. Die Form des „offenen Briefes“ wurde abschließend als eine aktuelle Form des Gebrauchs dieses Kommunikationsmittels gedeutet. Auch und gerade im offenen Brief wird der Adressat durch eine Anrede regelrecht zur Reaktion genötigt. Der Brief stellt folglich durchaus kein antiquiertes Medium politischer Kommunikation dar.



Auch die Analyse politischer Rhetorik kommt nicht umhin, sich rhetorischer Gesten zu bedienen.

Ebenfalls um die Fortführung klassischer Muster in neuem Gewand ging es im Beitrag von *Enrico Zanette* (Bologna/Innsbruck). Sein Interesse an politischer Kommunikation ist historischer Art: In seiner Analyse der biographischen Selbstzeugnisse sozialistischer Aktivistinnen des 19. Jahrhunderts konnte er zeigen, wie die Topoi katholischer Heiligenviten in den Heldengeschichten der sozialistischen Kämpfer wiederkehrten. Entscheidend sei, so Zanette, die Autobiographien nicht nur als Inszenierungen, sondern als politische Kommunikation im Sinne eines Kampfes um Deutungshoheit zu verstehen.

Jacob Leidenberger (Paris) stellte seine Forschungen über die Boulevardisierung der Fernsehnachrichten dar. Handelt es sich bei dieser Diagnose lediglich um ein kulturkritisches Lamento oder lässt sich empirisch nachweisen, dass die Nachrichten in den vergangenen Jahrzehnten eine thematische Verschiebung auf dramatische aber politisch irrelevante Einzelereignisse vollzogen haben? Leidenberger stellte das von ihm untersuchte Material in Auszügen vor und kam zu dem Ergebnis, dass vor allem im Falle des deutschen Privatfernsehens von einer in Einzelfällen entwürdigenden Boulevardisierung gesprochen werden muss. Auch zeigten messbare Indikatoren wie beispielsweise die Schnittgeschwindigkeit, dass zunehmend auf optische Reize gesetzt werde, ohne dem Zuschauer Zeit zur Verarbeitung oder Reflexion zu lassen. Aus Leidenbergers Perspektive der Medienökonomie muss die Tendenz zur Boulevardisierung primär als ökonomischer Prozess der Anpassung an einen Markt betrachtet werden, auf dem „politische Kommunikation“ eine Ware darstellt, die es billig zu produzieren und möglichst erfolgreich zu verkaufen gilt.

Anne-Sophie Barreau (Stuttgart/Bordeaux) stellte ihr Forschungsprojekt zur medialen Inszenierung von Angela Merkel und Ségolène Royal vor. Ausgangshypothese war hierbei, dass die Kommunikation weiblicher Kandidaten anderen „frames“, also anderen Vorerwartungen und Standardschemata unterliegt. Tendenziell bleibt ihnen die Wahl, ihre Weiblichkeit zu betonen und sich als fürsorgende „First Lady“ zu inszenieren, oder aber ganz auf das Bild der „kompetenten Politikerin“ zu setzen.

Kolja Lindner (Berlin) widmete sich in seinem Beitrag der Diskussion um den „Sarkozysmus“, die sowohl in der französischen Öffentlichkeit als auch in den medienwissenschaftlichen Fachdebatten geführt wird. Er rekonstruierte, nach welchen Idealtypen sich die Analysen des „Sarkozysmus“ eingruppiert lassen. Konsens bestehe zumindest dahingehend, dass die Art der medialen Inszenierung

und der *modus operandi* des Regierungshandelns unter Präsident Sarkozy nach einem neuen Schema verfährt, das auch und gerade konservative Beobachter verstört. Entgegen der dominierenden Strömung der Analysen plädierte Lindner jedoch dafür, in Sarkozys Handeln nicht bloß ein inhaltsleeres ad-hoc-Agieren zu sehen, sondern von einer konsistenten Weltanschauung hinter dem bisweilen sprunghaften Handeln auszugehen.

Mohamed Ali Elhaou (Paris) stellte in seinem Beitrag seine Forschungen über einen besonders interessanten Fall politischer Kommunikation vor: Die „Ära des Wandels“ in Tunesien, die die autoritäre Regierung bei ihrer Regierungsübernahme verkündete, dauert nun bereits seit 1987 an. Die Pointe dieser Strategie besteht nach Elhaou darin, dass die Opposition rhetorisch gewissermaßen entwaffnet wird: Ein Wandel lässt sich nicht mehr fordern, weil dieser ja bereits die Staatsdoktrin darstellt. Doch auch diese Rhetorik ist nicht vollends immun, denn gerade die Akklamation des von Regierungsseite geforderten Wandels kann nun plötzlich subversiv werden, weil man die Regierung an der eigenen Rhetorik misst. Die „Rhetorik des Wandels“ scheint so an seine Grenzen zu kommen.



Teilnehmer und Moderatoren: Samuel Sieber, Felix Heidenreich, Enrico Zanette, Daniel Schönpflug, Silke Walther, Jacob Leidenberg, Claire Saillour, Nadir Weber, Marion Schumm, Mirjam Dageförde, Kolja Linder, Anne-Sophie Barreau.

Claire Saillour (Paris) stellte abschließend ihr Dissertationsprojekt vor, das sich mit der Rolle von Angst und Sicherheit in der politischen Kommunikation der Gegenwart beschäftigt. Das Bedürfnis der Bürger nach Sicherheit ist ebenso legitim wie natürlich. Zugleich bietet es jedoch Möglichkeiten der politischen Instrumentalisierung. Wo aber verläuft die Grenze zwischen einem berechtigten Ernstnehmen vorhandener Ängste und einem machiavellistischen Herbeireden von Unsicherheit? Offenbar lässt sich diese Unterscheidung nicht abstrakt ziehen, sondern muss an einzelnen Akten politischer Kommunikation hermeneutisch erschlossen werden.

Die Abschlussrunde thematisierte noch einmal Verknüpfungen zwischen den einzelnen Beiträgen und arbeitete wichtige Unterschiede in den methodischen Ansätzen heraus. *Daniel Schönpflug* plädierte abschließend dafür, diese Unterschiede in den Methoden nicht als Blockaden, sondern als Motor der Forschung zu betrachten, undogmatisch nach dem richtigen Ansatz für die jeweilige Fragestellung zu suchen und sich dabei nicht zu sehr dem Quantifizierungsdruck zu unterwerfen. Viele Beiträge hätten gezeigt, dass man sowohl die Interessen und Absichten von Akteuren im Auge behalten und zugleich sensibel gegenüber der systemischen Eigenlogik von Medien bleiben kann. Die Publikationen der Ergebnisse ist für 2011 vorgesehen. (FH)